

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Vorbestellung 2 Mk. 50 Pf. Alle Bestellungen sind zu begleitender Zahlung oder durch Postanweisung zu richten. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Fortsetzung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Nachzahlung einanderer Geschäftsleute erfolgt nur, wenn Quittung vorliegt.

Abgabeort: Die Hauptredaktion in Wilsdruff, die 4 gepaltene Teile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Wilsdruffer, die 3 gepaltene Reklamerteile im letzten Teil 100 Wilsdruffer. Nachdruckgebühr 20 Wilsdruffer. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der Angelegenheiten wird durch die Besondere Kennzeichnung der Artikel angedeutet. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der Angelegenheiten wird durch die Besondere Kennzeichnung der Artikel angedeutet.

Nr. 181. — 84. Jahrgang.

Telegr.-Abt.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Donnerstag den 6. August 1925

Schwierigkeiten der Innenpolitik.

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben: Ganz zweifellos ist, daß weder die Verfassungsgebende Nationalversammlung noch die drei bisherigen Reichstage jemals in einer verhältnismäßig so kurzen Zeit derartig schwerwiegende, derartig tief in das wirtschaftliche und politische Dasein der Nation selbst wie jedes einzelnen eingreifende Fragen zu entscheiden gehabt haben wie der letzte Reichstag. Wir nennen hier nur: Auswertungs-gesetze, Sicherheitspakt, Steuerreform, Zolltarif. Der Wichtigkeit und Bedeutung all dieser Fragen entspricht ein gewaltiger Beratungsstoff. Noch schwieriger wird die parlamentarische Erledigung dadurch, daß bei den Regierungsparteien selbst die Ansichten oft auseinandergehen und daher mühsam erst in Duzenden von Fragen Kompromisse gesucht und gefunden werden müssen, die dann von diesen Parteien akzeptiert werden können. Natürlich ist mit solchen Kompromissen niemand zufrieden, aber jede Partei fragt sich immer wieder, ob es nicht besser ist, Wünsche und Hoffnungen und frühere Versprechungen zurückzustellen, als durch Ablehnung eines Entgegenkommens eine Regierungskrise herbeizuführen. Gatten schon die Auswertungs-gesetze eine ganze Reihe derartiger Kompromisse gebracht, so wiederholte sich das im verstärkten Maße bei der Beratung der Steuerreform; jedes einzelne von ihnen, soweit es bisher durch die zweite Lesung hindurchgekommen ist, trägt die Spuren solcher Kompromissarbeit. Und — dritte und größte Lesung ist noch nicht da; bis sie in Angriff genommen wird, werden wohl wieder neue Bedenken laut werden, werden neue Wünsche ausgedrückt. Dann geht die mühsame Arbeit wieder von vorne los. Derartige Kompromisse haben aber auch den Nachteil, daß sie allzu leicht und allzuoft die Einseitigkeit des ganzen Werkes zerstören und aus ihm ein Füllweid machen.

Selbstverständlich kennt die Notwendigkeit, Kompromisse zu schaffen, auch den glatten Ablauf der parlamentarischen Beratungen, und wir haben aus diesem Grunde die täglich vielstündigen bis in die Nacht dauernden Reichstags-sitzungen, die übrigens noch das eine Übel mit sich bringen, daß der Außenstehende sich gar nicht mehr für sie interessiert, weil er sich durch die Beschlüsse doch nicht mehr durchfindet.

Auch die Regierung ist natürlich hinsichtlich ihrer Vorlagen in dieses Nachgeben, in diese Kompromisse eingeschlossen und muß sich vielfach, wenn auch schweren Herzens, Abstriche gefallen lassen. Man hat in weiten Kreisen des Parlaments ebenso wie in der Bevölkerung die durchaus nicht unbegründete Ansicht, daß das Reich weit mehr Einnahmen erzielt und erzielen will, als sein Ausgabenbedürfnis verlangt. Sämtliche Parteien von rechts bis links sind aber schon aus den etatsrechtlichen Gründen mit einer derartigen „Zehnfachung“ — Ansammlung — keineswegs einverstanden, schon deswegen nicht, weil ein größerer Einnahmehüberschuß allzu leicht zu überflüssigen oder nicht gerade notwendigen Ausgaben verleitet. Die wirtschaftliche Unmöglichkeit einer solchen Überdrehung der Steuerhahne liegt gleichfalls auf der Hand, und so ist es gekommen, daß man der Regierung an ihren Vorlagen ganz gewaltige Abstriche machte, bis ein „Unannehmbar“ des Reichsfinanzministers von Schlieben auch hier eine Grenze setzte. Wie in der Montagssitzung des Reichstages ein demokratischer Abgeordneter mitteilte, habe der Minister von Schlieben den Regierungsparteien in einem derartigen Falle erklärt: „Wenn Sie nicht zustimmen, so lege ich morgen mein Amt nieder! Wollen Sie denn, daß morgen ein sozialistisches Ministerium regiert?“ Ob diese Mitteilung des demokratischen Abgeordneten dem Wortlaut nach richtig ist, ist noch unbekannt; richtig aber ist, daß der Reichsfinanzminister wiederholt hinter sein „Unannehmbar“ mehr oder weniger deutlich die Absicht kundgegeben hat, im Falle der Ablehnung seiner Wünsche zu demissionieren, weil er glaube, dann die Verantwortung nicht mehr tragen zu können.

Die Parteien, welche die Regierung stützen, haben nun aber ihre Führer im Kabinett sitzen; das ist das Wesen des parlamentarischen Regimes. Wenn also ein Minister, also ein Führer irgendeiner Regierungspartei erklärt, er werde gehen, wenn ihm seine Partei nicht zu Willen sei, so bleibt dieser Partei doch nichts anderes übrig als nachzugeben; sie kann doch nicht ihrem eigenen Führer ein Misstrauensvotum ausstellen! Genauso, einer der besten Kenner des englischen Verfassungswezens, hat einmal gesagt, daß der mächtigste Mann auf der Welt der englische Ministerpräsident sei; denn er sei von der über die Mehrheit verfügenden Partei auf seinen Posten gestellt und könne nun tun und lassen, was er wolle, weil diese Partei ihm nun unbedingt durch die und dann folgen müsse; andernfalls würde sie ja der Opposition den Gesellen einer Kabinettskrisis erweisen. Diese Selbstverständlichkeit im parlamentarischen Leben ist bei uns in Deutschland von den Parteien noch nicht so recht erkannt; die Deutschenationalen, die ja erst seit Januar dieses Jahres in der Regierung sitzen, haben besonders diese Erfahrung auch erst machen müssen, beispielsweise beim spanischen und hantessischen Handelsvertrag. Es bleibt eben immer die Frage für die Regierungsparteien: Nachgeben oder

Die kommende Amnestie.

Strafnachlaß in Reich und Ländern.

Berlin, 4. August.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beendete heute die erste Lesung der Amnestievorlage. Über den Fortschritt des Inkrafttretens des Amnestiegesetzes gab die Reichsregierung folgende Erklärung: „Die Reichsregierung hat die Fassung gewählt, daß das Gesetz am Tage nach der Verkündung in Kraft treten soll. Dabei war die Regierung sich darüber einig, daß am Tage nach der Verkündung nicht alle diejenigen aus den Gefängnissen bereits entlassen werden können, die unter die Amnestie fallen. Das wäre technisch eine Unmöglichkeit. Auch eine Woche würde zur Bewältigung der technischen Schwierigkeiten nicht ausreichen.“

Reichsjustizminister Dr. Frenken erläuterte diese Fassung mit der Absicht der Regierung, in allen klarliegenden Fällen die Entlassung des Amnestierten aus der Strafhaft sofort erfolgen zu lassen. Mit neun gegen fünf Stimmen bei zehn Stimmenthaltungen der Sozialdemokraten und Kommunisten stimmte der Ausschuß folgender Entschließung des Abg. Dr. Stahl (D. Sp.) zu: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf die Länderregierungen einzuwirken, daß auch in den Ländern alsbald eine Amnestie im Mindestumfang der gegenwärtigen Reichsamnestie in die Wege geleitet und dabei Rücksicht genommen werde auf Amnestierung oder Einzelbegnadigung der nachweisbar allein oder überwiegend aus wirtschaftlicher Not begangenen Straftaten, insbesondere auch der Zuwiderhandlungen gegen Strafverordnungen, die sich auf Inflationsvorgänge bezogen wie z. B. Preisstrebereiverordnung, Verordnung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, Verordnung über äußere Kennzeichnung von Waren, Verordnung über den Handel mit Lebens- und Futtermitteln und andere.“ Gegen diese Entschließung stimmten die Vertreter der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung.

Rabiettskrisis? Infolgedessen ist das Auftreten des Reichsfinanzministers von Schlieben eigentlich gar nicht so auffallend; und bei der Kompliziertheit des deutschen Parteilebens wäre bei seinem Rücktritt eine andere Regierungskonstellation gar nicht ausgeschlossen, so daß dann leicht eine Partei zwar nicht nachgibt, dafür aber ihren Einfluß in der Regierung verliert.

Der Deutsche, trotzdem er jetzt in einer parlamentarisch regierten Republik lebt, sieht es doch nicht ungern, daß seine Regierung nicht völlig parteimäßig eingestellt ist, sondern daß sie ihren Willen auch gegen widerstrebende Fraktionen durchsetzt, die sich sozusagen für das Ganze da ist und nicht für eine Partei oder Koalition. Neben all den schweren wichtigen Entscheidungen des Augenblicks machen also die Fraktionen des Deutschen Reichstages gleich noch einen Kursus in der Praxis des parlamentarischen Lebens durch!

Verhandlungen zur Umsatzsteuer.

Von einigen Parteien des Reichstages, von den Deutschenationalen, dann von der Völkischen Freiheitspartei und schließlich auch von den Arbeitervertretern im Zentrum, ging die Anregung aus, die zum Teil schon in der Form von Anträgen gebracht worden ist, mit der Regierung die Vorfrage der Umsatzsteuer die Umsatzsteuer für Lebensmittel ganz in Fortfall zu bringen. Es sollen dabei Fleisch und Brot, nicht aber Getreide und Ackerbau von der Umsatzsteuer befreit werden. Da in erster Linie hieran die Einzelländer und die Gemeinden interessiert sind, werden durch die Regierung umfangreiche Nachrechnungen und Berechnungen angefertigt, inwieweit den Forderungen entsprochen werden kann. In Reichstagskreisen ist man der Ansicht, daß in irgendeiner Form den Anträgen entsprochen werden wird, und daß sich bis zur dritten Lesung ein Weg dazu wird finden lassen. Reichsjustizminister Dr. Frenken hielt Montag im Reichstag mit den Arbeitnehmer- und Verbrauchervertretern der Regierungsparteien in bezug auf die jetzt aus den Kreisen des Journalismus besonders hervortretenden Wünsche wegen Herabsetzung bzw. Befreiung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel eine Besprechung ab. Diese ist ergebnislos abgebrochen worden; sie soll aber in den nächsten Tagen wieder aufgenommen werden.

Die Fürsorge für die Opatanten.

Deutschlands Gegenmaßnahmen gegen Polen. Der preussische Minister des Innern Severing teilte mit, daß von der preussischen Regierung alles darangesetzt werde, um den Abtransport eines erheblichen Teiles der Opatanten aus dem Schneidemühlener Lager in die einzelnen preussischen Regierungsbezirke stark zu beschleunigen und sodann für die im Lager zurückbleibenden Opatanten weitgehende Erleichterungen ihrer schwierigen Lage zu schaffen.

Amnestievorlage für Disziplinarvergehen.

Im Rechtsausschuß des Reichstages gelangte noch ein Antrag Dr. Rosenfeld (Soz.) zur Beratung, durch den die Reichsregierung um schnelle Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über die Amnestierung von Disziplinarvergehen der Reichsbeamten ersucht wurde. Reichsjustizminister Frenken gab die Erklärung ab, daß im Reichsministerium des Innern die Frage eines Amnestiegesetzes bezüglich der Disziplinarvergehen bereits erwogen würde. Der Antrag Rosenfeld wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Fährt Briand zu Chamberlain?

Aussprache über den Sicherheitspakt.

Aus Paris wird gemeldet, daß der französische Außenminister Briand dem englischen Außenminister Chamberlain mitgeteilt habe, daß er beabsichtige, sich sofort nach London zu begeben, um mit ihm zu verhandeln. Gegenstand der Unterhaltung soll die Frage des Sicherheitspaktes und die Feststellung des Inhaltes der auf die deutsche Note vom 20. Juli zu erzielenden Antwort sein. Wie es heißt, soll die französische Antwortnote im Entwurf bereits fertiggestellt sein. Es ist ferner im französischen Außenministerium ein ausführlicher Gegenentwurf in der Sicherheitsfrage, der sich mit dem englischen Standpunkt auseinandersetzt, ausgearbeitet worden. Briand glaubt, daß eine mündliche Aussprache für die Abklärung der Verhandlungen günstiger sein würde als der Austausch langer diplomatischer Noten.

Inzwischen verdichten sich die Nachrichten von einer Konferenz zwischen den Verbündeten und Deutschland. Die englische, die französische und die belgische Regierung sollen bereits in Vorverhandlungen eingetreten sein, und man glaubt, daß die Konferenz in der zweiten Hälfte des Monats September stattfinden werde.

Die Gegenmaßnahmen der preussischen Behörden gegen die polnischen Ausweisungen sollen darin bestehen, daß in den letzten Tagen bereits mehrere Züge mit polnischen Opatanten aus Deutschland herausgegangenen sind. Diese Opatanten haben schon vor längerer Zeit den Ausweisungsbefehl erhalten, und zu Zwangsmaßnahmen lag bisher noch kein Grund vor. Die Ausgewiesenen sind zum größten Teil polnische Bergarbeiter, die in Rheinland-Westfalen Beschäftigung gefunden hatten; es befinden sich aber auch Vertreter der freien Berufe und des Mittelstandes unter den Abgewanderten. Die Regierungspräsidenten stellen zurzeit fest, wieviel polnische Opatanten, die die Anforderung zur Abwanderung erhalten haben, noch in Deutschland sind. Die Entscheidung der Regierung über die weiter zu treffenden Maßnahmen wird etwa am 10. August erfolgen können.

Griechisch-bulgarischer Zwischenfall.

Militärische Maßnahmen Griechenlands.

In der Nähe der bulgarischen Stadt Staniimale wurde vor einigen Tagen von unbekanntem Tätern ein Grieche ermordet. Jetzt wird bekannt, daß Griechenland wegen dieser Mordtat bei der bulgarischen Regierung Protest erhoben und strengste Befragung des Mörders, der aber noch nicht ergriffen ist, gefordert habe.